

DS 09/2021

Wasser- und Abwasserzweckverband „Mittelgraben“

		Beschlussvorlage
X		öffentlich
		nichtöffentlich
Einreicher: Verbandsvorsteherin	Datum: 30.04.2021	Drucksache Nr. 09/2021

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Verbandsausschuss

Verbandsversammlung

12.05.2021

Kein Antrag auf Zulassung der Berufung gegen die Urteile des VG Potsdam vom 05.03.2021 (VG 8 K 4437/16, VG 8 K 4477/16)

Beschlussvorschlag:

Die Verbandsversammlung beschließt, dass die Verbandsvorsteherin gegen die Urteile des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 05.03.2021 (VG 8 K 4437/16, VG 8 K 4477/16) keinen Antrag auf Zulassung der Berufung stellt.

Dies gilt ebenfalls für die weiteren 60 anhängigen Verwaltungsverfahren vor dem VG Potsdam, die im schriftlichen Verfahren entschieden werden sollen.

Beratungsergebnis:

Gremium: Verbandsversammlung:				Sitzung am: 12.05.2021			TOP 5
einstimmig	mit Stimmenmehrheit	JA	NEIN	Enthaltung	ungültig	lt. Beschl.-vorschlag	abweich. Beschluss
X	✓	10	✓	✓	✓	X	
Leiter der Sitzung: Herr Sommerlatte							

Verbandsvorsteherin

Für die Richtigkeit:

Vorsitzender der Verbandsversammlung

Einreicher

Finanzielle Auswirkungen ?	
ja: X	nein:
Veranschlagung	
	mit 175 TEURO

Problembeschreibung/Begründung:

In den zwei Verwaltungsverfahren (VG 8 K 4437/16, VG 8 K 4477/16) erklärte das VG Potsdam die Bescheide für rechtswidrig, weil den Bescheiden die nach § 2 Abs. 1 Satz 2 KAG erforderliche Ermächtigungsgrundlage fehlt. Die zugrundeliegenden beitragsrechtlichen Regelungen in den §§ 2 bis 10 BKGS 2014 sind insofern unwirksam. Die Satzung ist, was ihre Bestimmungen über den Beitragssatz in § 6 BKGS 2014 angeht, fehlerhaft. Da die Bestimmung des Abgabensatzes gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 KAG Teil des notwendigen Mindestinhalts einer Abgabensatzung ist, hat die fehlerhafte und damit unwirksame Bestimmung die Nichtigkeit der Abgabensatzung insgesamt- hier der beitragsrechtlichen Bestimmungen der Satzung- zur Folge.

Die dem Beitragssatz zugrundeliegende Kalkulation aus 2009 begegnet durchgreifenden methodischen Bedenken des Gerichtes, welche die Plausibilität in Frage stellen und daher nicht erkennen lassen, ob der festgelegte Beitragssatz rechtswidrig überhöht ist.

Das VG Potsdam führt aus, dass eine entsprechende Kalkulation spätestens in der letzten mündlichen Verhandlung hätte vorgelegt werden müssen. Das Gericht betont daraufhin nochmals, dass dem Einrichtungsträger im Zusammenhang mit der gerichtlichen Prüfung einer Kalkulation eine prozessuale Mitwirkungspflicht trifft und es ihm obliegt bis spätestens zum Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung eine nachvollziehbare und in sich stimmige Kalkulation vorzulegen.

Das Gericht stellt weiter klar, dass für eine nachträglich erstellte Globalkalkulation nicht etwaige nachträgliche Ist-Werte oder sonstige nachträgliche Erkenntnisse maßgeblich sind, sondern nur diejenigen Erkenntnisse und Prognosen, die bei Satzungsinkrafttreten vorhanden waren bzw. richtigerweise erstellt werden konnten.

Das wird bei einer nachträglich zu erstellenden Globalkalkulation unmöglich sein.

Es werden insbesondere zwei Punkte kritisch angesprochen:

1. Die Flächenberechnung der Kalkulation enthält erhebliche methodische Fehler, die die Feststellung unmöglich machen, ob das Aufwandsüberschreitungsverbot beachtet ist oder nicht. Der Zweckverband hat es zudem unterlassen, die Ermittlungen der Flächen geänderten rechtlichen Maßstäben anzupassen.
2. Besonders kritisch wird die Globalkalkulation 2009 gesehen, die als nicht nachvollziehbar und in sich nicht stimmig bezeichnet wird.

Angesichts dieser nicht unerheblichen Mängel in der Globalkalkulation und der Tatsache, dass der WAZV nicht bis zur letzten mündlichen Verhandlung die Globalkalkulation von 2009 überarbeitet bzw. abgerechnet hatte (trotz mehrfacher Aufforderung gegenüber dem Betriebsführer) sollte unter Abwägung der überschaubaren finanziellen Auswirkungen (ca. 175.000 EUR) auf eine Berufung verzichtet werden. Bei einer Berufung in den 62 Verfahren ist mit einem Risikobetrag i.H.v. ca. 120.000 EUR (ca. 2.000,00 EUR Gerichts- und Anwaltskosten je Vorgang) zu rechnen.

Die Verbandsversammlung des WAZV „Mittelgraben“ ist daran interessiert, dass durch die jahrelange vor Gericht ausgetragene Streitigkeiten, verlorene Vertrauen in das Handeln des Zweckverbandes und des Betriebsführers MWA wiederaufzubauen. Das Akzeptieren des deutlichen Urteils des Verwaltungsgerichtes wäre ein wichtiger Schritt dazu.

Es sollte nunmehr zügig die Abrechnung der Globalkalkulation erfolgen und eine Entscheidung unter Herausarbeitung der verschiedensten Handlungsoptionen für die zukünftige Kalkulation erfolgen.

Änderung/Ergänzung des Beschlussvorschlages

Fortsetzung Ergänzungsblatt Nr.